

Politisches Sekretariat

p.B. 58.71 Europe de l'Est

Bern, den 16.5.1990

p.B. 58.04.3 - MAP

Offizieller Arbeitsbesuch des Präsidenten der Republik Südafrika,
F.W. de Klerk in der Schweiz, 22. Mai 1990

Parallelitäten der Problemstellung in Osteuropa und Südafrika

Die Tatsache, dass Osteuropa und Südafrika in den vergangenen 40 Jahren von politisch-ideologischen Systemen geprägt worden sind, die sich in betontem Antagonismus gegenüberstanden, hat bisweilen vergessen lassen, dass zwischen den beiden Regionen mehr Ähnlichkeiten bestanden und bestehen als oft angenommen wurde. Gerade in den vergangenen Wochen und Monaten wurden Gemeinsamkeiten deutlich:

1. Osteuropa und Südafrika sind heute bemüht, sich von einer vierzigjährigen ideologischen und politischen Verkrustung zu lösen. Der Marxismus-Leninismus einerseits und die Ideologie der Apartheid andererseits sind als Ordnungsmodelle moderner Gesellschaften gescheitert. Die kommunistischen Parteien in Osteuropa und die Nationale Partei in Südafrika verloren und verlieren ihre Monopolstellung und sind zu grundlegenden Kurskorrekturen gezwungen:

- bezüglich der Legitimation gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse einerseits und
- bezüglich der wirtschaftlichen Strukturkrise, die sie hinterlassen, andererseits.

Aehnlich wie in der Sowjetunion (weniger in Mitteleuropa), wo mindestens der Leninismus in der von ihm profitierenden Nomenklatura weiterhin eine nicht zu unterschätzende Anhängerschaft findet, gibt es auch in Südafrika ein Beharrungsvermögen der Ideologie und der Praxis der bisherigen Politik. Für allzu viele bedeutet hüben und drüben ein radikaler Wandel einen Status-, Macht- und Privilegienverlust.

2. Südafrika und Osteuropa werden in nächster Zeit mit zwei Problemtypen konfrontiert sein:

- mit den Folgen einer katastrophalen Politik, welche über mehrere Jahrzehnte die Entwicklung geprägt hat;
- mit dem Wiederaufleben von Konflikten, welche ihren Ursprung in der Zeit vor der kommunistischen Machtergreifung und vor der Machtübernahme der Nationalen Partei in Südafrika haben und bereits früher zu heftigen internen Auseinandersetzungen geführt haben (Nationalitätenprobleme in Osteuropa, Gewalt unter Schwarzen in Südafrika).

Weder in Südafrika noch in Osteuropa kann man daher erwarten, dass mit dem politischen Wandel auch schon die wesentlichen Probleme gelöst sind. Vielmehr muss befürchtet werden, dass in beiden Regionen eine schwierige Uebergangsphase beginnt. Die vermehrte politische Offenheit und Liberalisierung lässt nämlich gewisse Probleme erst jetzt an die Oberfläche treten.

3. In Südafrika und Osteuropa geht es in nächster Zeit darum, neue Organisationsprinzipien für multiethnische und multikulturelle Gesellschaften zu finden. Dabei stehen sich überall drei Leitgedanken gegenüber, welche es miteinander zu versöhnen gilt:

- die Zielvorstellung einer individualistisch-liberalistischen Gesellschaft mit ausgebauten Grundrechten für die einzelnen Bürger, jedoch ohne spezifische Gruppenrechte (der ANC in Südafrika vertritt unter dem Slogan des "non-racial, democratic South Africa" diese Position; in Osteuropa ist es die linksdemokratische Intelligenz);
- die Zielvorstellung eines ethnischen Föderalismus, nach welcher einzelnen ethnischen Gruppen bestimmte Rechte und Privilegien eingeräumt werden und ein gewisser Schutz gewährt wird (dies die Position der Nationalen Partei in Südafrika sowie gewisser Nationalisten in Osteuropa);
- die Zielvorstellung eines territorialen Föderalismus, welcher primär darauf abzielt, die Macht der Zentralstaaten zu beschränken, ohne eindeutig ethnische Gruppenprivilegien zu schaffen (linksbürgerlich-weiße Gruppierungen in Südafrika, Bürgerbewegungen in Osteuropa).

Während die erste und die dritte Zielvorstellung, wie das schweizerische Beispiel zeigt, durchaus vereinbar sind, sind ethnisch definierte Privilegien angesichts der Mobilität und Durchmischung moderner Gesellschaften kaum zu rechtfertigen.

4. In Südafrika und Osteuropa wird es in nächster Zeit darum gehen, die stark reglementierten und von Monopolen geprägten Wirtschaften zu liberalisieren und damit eine breitere Teilnahme und ein erhöhtes Engagement der Bevölkerung am Wirtschaftsleben zu erlangen. An beiden Orten steht die Wirtschaft vor dem Problem nach Jahren der Stagnation einen oft veralteten Produktionsapparat zu modernisieren. Nach einer Zeit gewollter (Osteuropa) und unfreiwilliger Abschottung (Südafrika: Sanktionen; Osteuropa: COCOM) gilt es heute in erster Linie, wieder weltmarktfähig zu werden. Der politische Konsens über die Marschrichtung der einzelnen Länder ist dabei die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform. Die Ueberwindung der wirtschaftlichen Probleme dürfte in Osteuropa schwieriger sein als in Südafrika, da der Uebergang zur Marktwirtschaft sowohl im innern wie gegen aussen erfolgen muss. Südafrika hat demgegenüber ausgebaute marktwirtschaftliche Grundlagen; allerdings sind diese durch einen hohen Grad der Kartellisierung und durch wenige Monopole geprägt, welche heute vermehrtem Wettbewerb ausgesetzt werden müssen.

5. Südafrika und Osteuropa stehen sodann vor der Aufgabe, die Oeffnung gegenüber dem Weltmarkt mit einer Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit zu kombinieren. Beide sind an einem möglichst ungehinderten Zugang nicht zuletzt zum europäischen Markt interessiert. Nach dem Wegfall der ideologischen Schranken ergibt sich politisch und wirtschaftlich für Osteuropa und Südafrika ein bedeutendes Potential der Zusammenarbeit. Südafrika und Ungarn sind daran, ihre Beziehungen zu normalisieren; andere ostmitteleuropäische Staaten dürften in nächster Zeit folgen. Gerade heute könnte Osteuropa zu einem Absatzmarkt für südafrikanische Güter werden - vor allem wenn Sanktionen westeuropäischer Staaten, der USA und Japans noch für eine gewisse Zeit weiterbestehen. In einigen Bereichen könnte Südafrika für die osteuropäischen Staaten ein alternativer Rohstofflieferant zur Sowjetunion sein.

Gemeinsam ist beiden Regionen allerdings ihre grosse Auslandabhängigkeit im Energiebereich, insbesondere bezüglich Rohöl und Erdgas.

Umgekehrt kann das südliche Afrika, gleich wie Mitteleuropa (oder Zentralasien), wieder zu einer bedeutenden Investitionsregion für die westeuropäische Wirtschaft werden, wenn die politischen Bedenken einmal wegfallen.

6. Entsprechend der erwähnten Parallelitäten gibt es auch in der schweizerischen Politik gegenüber Südafrika und Osteuropa gewisse Aehnlichkeiten, primär die politisch-motivierte Unterstützung für einen Wandel in Richtung Demokratie und vermehrter Respektiverung von Menschenrechten (positive Massnahmen gegenüber Südafrika, respektive 250 Millionen-Kredit zugunsten Ostmitteleuropas).

Osteuropäische Länder und Südafrika dürften sich in einer nahen Zukunft neue Verfassungen geben. Je mehr die Suche nach einer künftigen politischen Organisation an Bedeutung gewinnt, umso grösser dürfte sowohl in Osteuropa wie auch in Südafrika das Interesse am schweizerischen politischen System sein. (vergl. etwa die wachsende Nachfrage aus Osteuropa an Kursen des schweizerischen Institutes für Föderalismus der Universität Freiburg oder das Ausbildungsprogramm des Institutes für schweizerische Politik an der Universität Bern für ANC-Kader). Unsere Bereitschaft, dem Interesse an der schweizerischen politischen Kultur im weitesten Sinne entgegenzukommen, und wenn nötig finanziell unterstützend tätig zu sein, kommt politisch eine grosse Bedeutung zu.